

Die „Zeitung“ erscheint täglich zweimal, Samstag und Sonntag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Postzahlung ins Haus für den Monat April 35.— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 37.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheinlandgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 69.— M., für das übrige Ausland 87.— M.

Die schönste aller Nonparelleserie über deren Raum Seite 12.— M., einschließlich Interzentriener, kleine Anzeigen: Das feinstgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Interzentriener, Randspalten-Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Berichte 3.— M. netto pro Zeile, Stellen-Berichte in Rand-Anzeigen: das feinstgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Verlags-Vertrieb 152 00—153 00

ZEITUNG

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Volksfeindliche Politik

Zur neuen Tarifvorlage des Berliner Magistrats

Von Ernst Reuter

Erst vor zwei Wochen besahe sich die Stadtverordnetenversammlung mit einer Deckungsvorlage des Magistrats. Ein Teil dieser Vorlage ist bis heute noch nicht unter Dach und Fach gebracht. Bei der Bewilligung der Gewerbesteuer versucht das Bürgertum durch Einsetzung der Befreiung der Einkommen in Höhe von 24 000 M. für alle Betroffenen, den ganzen Ertrag dieser Steuer illusorisch zu machen, während gleichzeitig die für die Interessen der bestehenden Klassen immer sehr wichtigen Aufsichtsbahnen noch Schwierigkeiten mit der Genehmigung machen. Was sofort in Kraft trat, war die sehr starke und über das berechnete und eventuell verhandelte Maß weit hinausgehende Belastung der Verbraucher, der breiten Schichten der wertvollen Bevölkerung.

Die Linie war noch nicht trocken, mit der diese neuen Belastungen unterzeichnet waren, und schon überreicht der Rämmerer, dessen rein fiskalischer Standpunkt im Magistrat vollkommen zu dominieren scheint, eine neue Deckungsvorlage. Diese Vorlage ist so ziemlich das härteste Attentat auf die Interessen der wertvollen Bevölkerung, das wir seit langem erlebt haben.

Bezeichnend für die ganze Ausrichtung dieses Angriffs ist die Tatsache, daß die Vorlage, die doch von ungeheurer allgemeiner Bedeutung ist, ohne jede rechnerisch zuverlässige und brauchbare Angabe der Stadtverordnetenversammlung mit der laienhaften Bemerkung überreicht wird, daß genauere Nachweise noch folgen werden. Im Magistrat selbst wird sie außerhalb der Tagesordnung in einer Stunde behandelt. Gegenüber der bisherigen Praxis zeigt sich der fortschreitende Einfluß der rein fiskalischen Gesichtspunkte in der auch formellen Verquickung der Deckungsvorlage mit der Genehmigung des Schiedsspruches für die städtischen Arbeiter. Diese ganz und gar unzulässige Verquickung muß natürlich dazu beitragen, mancherlei Spannungen zwischen der städtischen Arbeiterschaft und den übrigen Arbeitern zu vertiefen. Im Bewußtsein des Publikums muß immer wieder der sachlich ganz verkehrte Eindruck entstehen, als ob die ständige Aufwärtsentwicklung der städtischen Tarife die automatische Folge der steigenden Löhne der städtischen Arbeiter sei. Daß andere Faktoren viel ausschlaggebender sind, daß die Steigerung der Materialpreise eine viel größere Rolle spielt, daß gerade in Berlin durch die außerordentlich starke Abnutzung der Straßenbahnanlagen im Kriege besondere Verhältnisse geschaffen sind, daß schließlich auch die Lohnforderungen eine notwendige Folge des kapitalistischen Feuerungswahns sind, wird dadurch mit deutlicher Absicht in den Hintergrund gedrängt. Die Spekulation auf gewisse Instanzen indifferenter Massen liegt dabei klar zutage. Gegen diese formelle Verquickung werden wir uns mit aller Macht zu wehren haben. Wir werden jede Steigerung der Tarife sachlich zu prüfen haben, wenn sie unvermeidlich ist, bewilligen müssen, aber nicht unter der expressen Androhung, daß sonst die Löhne der Arbeiter nicht gezahlt werden.

Die Gaspreise sollen bei der Vorlage des Magistrats in Zukunft überhaupt nicht mehr durch die Stadtverordnetenversammlung festgelegt werden. Sie sollen nach einem Schlüssel auf Grund des Kohlenpreises von der Werkdeputation festgesetzt werden. An sich wäre ein solcher Gedanke erwägenswert, wenn der Schlüssel, der angewandt werden soll, den tatsächlichen Verhältnissen der Werke annähernd entsprechen würde und wenn die Garantie bestünde, daß in der Werkdeputation nicht fiskalische Gesichtspunkte die Oberhand gewinnen können. In Wahrheit bedeutet aber der Vorschlag des Magistrats nicht als die Verewigung einer sehr hohen indirekten Besteuerung der Bevölkerung zur Deckung des Defizits nicht etwa der Gaswerke, sondern des sonstigen Defizits der Stadt. Schon bei der letzten Erhöhung stellte sich heraus, daß die Gaswerke einen beträchtlichen Überschuß abgeworfen haben. Die genaueren Ziffern sind nicht gegeben, der Angabe von 60 Millionen aber ist nicht widersprochen worden. Der letzte Vorschlag für die Gaspreise würde darüber hinaus eine sofortige Erhöhung auf 4,50 Mark und eine weitere Erhöhung um wahrscheinlich eine Mark ab 1. Mai bedeuten, so daß im Mai für das Gas mindestens 5,50 Mark gezahlt werden müßten. Bei einem solchen Gaspreise würden natürlich die Gaswerke auch im nächsten Jahre wieder beträchtliche Summen abwerfen. Sie würden das allgemeine Defizit der Stadt aber doch nicht decken können.

Ebenso unberechtigt ist die Erhöhung des Strompreises. Auch die Elektrizitätswerke sind Überschußwerke, von irgendeiner Defizitwirtschaft kann bei ihnen nicht die Rede sein und wir haben deswegen keine Veranlassung, die Preise leicht bereits wieder höher zu schrauben.

Besonders geartet liegen die Verhältnisse bei der Straßenbahn. In der letzten Vorlage ist bereits darauf hingewiesen, daß durch die neue Erhöhung der Tarife nach

Vor einer Riesenausperrung in England

Beginn der Metallarbeiterausperrung am Dienstag

(Intel.) London, 26. April.

Gestern wurde in allen Betrieben die Ankündigung ausgeteilt, daß die bisherigen Verhandlungen mit den 47 Verbänden des Metallarbeiterverbandes zu keiner Einigung führten, daß die angekündigte Ausperrung am nächsten Dienstag in Kraft treten werde.

In dem Konflikt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Baumwollindustrie ist es zu einer Einigung gekommen: Der vorgeschlagene Lohnabbau wird in zwei Raten durchgeführt werden und im ganzen 4 Schilling 1 Penny betragen. Sechs Monate nach der zweiten Lohnreduktion soll eine Überprüfung der Löhne vorgenommen werden.

Der französische Sozialismus und die Drohungen Poincarés

(Intel.) Paris, 26. April.

Die „Humanité“ fordert alle Arbeiterklassen auf, die Gelegenheit des 1. Mai nicht vorübergehen zu lassen, gegen den Plan Poincarés, in Deutschland einzumarschieren, Protest einzulegen. Wohl könne die französische Armee ins Ruhrgebiet und noch weiter nach Deutschland hinein vordringen, aber alle Nationen, Amerika mit eingeschlossen, würden sich gegen einen solchen unsinnigen Gewaltstreik erheben.

„Le Peuple“ weist darauf hin, daß sich Poincaré selbst auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages berufen habe, als er von den besiegten Nationen forderte, daß es sich für die Sieger vor allem darum handle, für die auf ihrem Gebiete angerichteten Verwüstungen entschädigt zu werden. Deutschland habe Reparationslieferungen in Holz, Zement, Eisen usw. angeboten — vergeblich. Das Reparationsystem, das man Deutschland auferlege, gleiche einem Fuhrmann, der sein Pferd viel zu kurz angelehrt habe, so daß es bei jedem Schritt stolpere. Der Fuhrmann schlage zwar das unglückliche, wehrlose Tier, aber der Wagen bewege sich nicht von der Stelle, ehe man nicht das Geschirr wechselt. Vielleicht könne Herr Poincaré, der die Aufgabe übernommen habe, der Fuhrmann der Entente zu sein, aus einigem Nachdenken über diese Geschichte Gewinn ziehen.

Henri Fabre schreibt im „Journal du Peuple“, Poincaré wolle den Krieg zwar nicht, seine Politik führe jedoch zum Krieg. Der Augenblick sei gekommen, wo man wachsam sein müsse. Für eine internationale Aktion ist, wie „Journal du Peuple“ schreibt, die Aufgabe heute noch viel schwieriger als 1914, als es nur eine internationale gab, und wo das Proletariat vollkommen verlagte. Heute haben wir durch die verwirrende Tätigkeit gewisser Persönlichkeiten drei Internationales. Welche Garantien bieten diese, daß man des Proletariats sicher sei?

Zum deutsch-russischen Vertrag

Eine Note Tschitscherins an Polen

(Intel.) Genua, 26. April.

In der Sonderfassung der Mächte der großen und kleinen Entente hatte der polnische Vertreter gemeinsam mit den Franzosen besonders scharf gegen den deutsch-russischen Vertrag Stellung genommen und sich auch für die Aufnahme

Abzug des zu erwartenden Ausfalls ein jährlicher Ueberschuß von über 50 Millionen zu erwarten sei, der für die dringenden Instandsetzungsarbeiten gebraucht werden solle. Die „geniale“ Kürze, mit der mitgeteilt wird, daß man jetzt um eine weitere Mark erhöhen will, zeigt deutlich, daß auch hier die Erhöhung nicht der Deckung laufender Ausgaben dienen soll. Durch diese Belastung der Arbeiterschaft sollen die Summen wieder aufgebracht werden, die durch die Landwirtschaft im Kriege verloren gegangen sind. Solche Methoden städtischer Finanzkunst müssen wir ablehnen. Heute nimmt die Hochbahn nur zwei Mark und wird wahrscheinlich auch nicht bankrott machen. Eine einfache Berechnung der Summen, über die der Haushalt der breiten Masse heute verfügt, zeigt, daß diese Steigerung weder durchführbar noch irgendwie erträglich ist. Sie wird den Verkehr erdroffeln, die Abwanderung zu andern Beförderungsmitteln beschleunigen. Vielleicht wünscht man das, weil man glaubt, dann leichter den Reiz des Betriebes wiederherstellen oder aber ihn an das Privatkapital ausliefern zu können. Die Bevölkerung muß diesen Weg ganz entschieden ablehnen.

Unser Fraktionsredner machte bereits bei den letzten Vorlagen darauf aufmerksam, daß der Magistrat schließlich nicht nur Tarifserhöhungen zu beantragen hat, und bei ihrer Ablehnung über Mangel an Verantwortlichkeit klagen soll. Nicht minder wichtig ist die Frage der Organisation der

jener Klausel in den Brief an Dr. Wirth eingeseht, die den unterzeichneten Regierungen das Recht zur Nichtanerkennung des Vertrages zuspricht. Diese Haltung der Polen hat Tschitscherin veranlaßt, an den polnischen Außenminister folgende Note zu richten:

Im Hinblick auf die Note, die einige Delegationen am 18. 4. an die deutsche Delegation gerichtet haben, und im Hinblick auf das Antwortschreiben, das dieselben Delegationen auf den Brief des Reichsanwalters am 22. April abtandten, erlaube ich mir, Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Wenn die russische Delegation die Frage auch ganz beiseite lassen will, welche Gründe die unterzeichneten Mächte bewegen haben, Deutschland aufzufordern, sich nicht mehr an den Diskussionen über alle Fragen zu beteiligen, die sich auf Rußland beziehen, müßte auch, wie ich bemerken möchte, unter diesen Umständen Polen ebenfalls gezwungen werden, sich nicht mehr an diesen Diskussionen zu beteiligen, da Polen mit Rußland in Riga am 18. März einen Vertrag abgeschlossen hat, der alle jene Fragen berührt, die die anderen Mächte kritisieren und der noch konkreter und definitiver abgefaßt ist als der Vertrag von Rapallo.

Gleichzeitig kann ich nicht umhin, zu bemerken, wie merkwürdig es ist, daß ein Staat, der Rußland de jure und ohne Einschränkung anerkannt und einen Vertrag mit ihm abgeschlossen hat, noch eine Demarche unternimmt, um einem anderen Staate das Recht zu verwehren, mit Rußland einen Vertrag abzuschließen. Diese Demarche muß als ein Attentat auf die Souveränität der Sowjetregierung und als eine grobe Verletzung des Völkerrechts angesehen werden, wie auch als eine Verletzung des Vertrages, der zwischen den baltischen Staaten und Rußland am 30. März abgeschlossen wurde und in dem sich Polen verpflichtet hat, in Genua mit den Vertragspartnern gemeinsam vorzugehen, und sich insbesondere auch für die Anerkennung der Sowjetregierung einzusetzen. Der Umstand, daß Polen weder der großen noch der kleinen Entente angehört, aber mit Rußland durch einen Vertrag verbunden ist, sich aber das Recht nimmt, den von Rußland mit Deutschland geschlossenen Vertrag in allen oder einzelnen Punkten nicht anzuerkennen, müßte auch Rußland das Recht geben, Verträge nicht anzuerkennen, die Polen mit anderen Staaten abschließt, soweit Rußland diese Verträge nicht genehmigt. Die russische Delegation bemerkt, daß sie nicht auf diesem von Polen betretenen Wege fortzufahren gedenkt. Sie betont aber ebenso entschieden, daß die Gültigkeit eines Vertrages, den Rußland mit einem Staate schließt, in keinem Falle von der Anerkennung oder Nichtanerkennung durch einen anderen Staat abhängig ist.

Die Wrangelarmee in Bulgarien

(Intel.) Sofia, 25. April.

Die bulgarische Regierung hat die Note der ukrainischen Sowjetregierung vom 3. Mai, die sich über die Duldung der Rüstungen der in Bulgarien weilenden Wrangeloffiziere beklagte, mit einer Note beantwortet, in der sie erklärt, daß den Wrangelsoldaten nur ein Gastrecht gewährt werde, und daß die bulgarische Regierung alle Maßnahmen getroffen habe, gegen die Ukraine gerichtete Aktionen, die von russischen Flüchtlingen in Bulgarien geplant werden könnten, unmöglich zu machen.

Entgegen diesen Behauptungen veröffentlicht die Antastehenden Blätter Dokumente, aus denen klar hervorgeht, daß die Wrangelformationen ausgesprochen militärischen Charakter besitzen und sich bei ihren Rüstungen der Unterstützung bulgarischer Behörden erfreuen.

Sie ist innerhalb und außerhalb des Magistrats umstritten. Der Magistrat entscheidet diese Fragen auf seine Weise, ohne daß die Stadtverordnetenversammlung oder die Öffentlichkeit einen Einblick in die Gründe seiner Entscheidungen erhält. Sollte wirklich zum Beispiel der volksparteiliche Oberlehrer der bursen-same Fachmann sein, der mit Herr von Böh zusammen die Zeitung der Werke übernehmen könnte? Warum wird die Kraft eines Mannes wie Dörten nicht ausgenutzt? Welche der vielen Reden, Erklärungen und Interviews über die Pläne des Stadtbaurats Adler treffen eigentlich zu?

Der Rämmerer wünschte freilich von der Stadtverordnetenversammlung, daß sie zunächst gehorlich Tarife bewillige. Das andere werde sich dann später finden. Wir meinen aber, daß mit diesem Spiel endlich ein Ende gemacht werden muß. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, immer neue Lasten der Bevölkerung aufzuerlegen, wenn wir nicht die Gewißheit haben, daß die äußerste Kraftanstrengung erfolgt ist, um die städtischen Werke so zu organisieren, daß sie bestehen können. Defizite, die entstehen, weil das Reich eine Finanzwirtschaft führt, die innen- und außenpolitisch unmöglich ist, die soll das Reich bedenken. Unser Bedarf an indirekten Steuern ist vorläufig gedeckt. Wir brauchen keinen sozialistischen Magistrat, der sie auf dem Wege über kommunalisierte Werke erneut auf die schwächsten Schultern packt,

Frankreich und England

Spezialbericht des Vertreters des „R.A.“
Genoa, 25. April.

Der politische Sekretär Lord George, Sir Edward Griaq, gab englischen und amerikanischen Pressevertretern gegenüber eine Erklärung ab, in der er über die Rede Poincarés sagte: Alles, was Poincaré über die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Alliierten gesagt hat, findet unsere herzlichste Zustimmung. Der einzige Kommentar, der im Augenblick gemacht werden muß, ist der, daß die Rede ohne vorherige Beratung mit den Alliierten gehalten wurde. Die Worte des französischen Ministerpräsidenten, daß Frankreich eine Aktion innerhalb Deutschlands unternehmen würde, ob die Alliierten sich beteiligen oder nicht, sind in keiner Weise geeignet, die Zusammenarbeit zu sichern. Die französische öffentliche Meinung ist besorgt und aufrichtig über das russisch-deutsche Abkommen. Dieser Umstand läßt eine Rückwirkung auf die Konferenz aus. Die französische öffentliche Meinung ist überzeugt, daß das russisch-deutsche Abkommen in der einen oder anderen Weise ein Ergebnis der Genuaer Konferenz ist. Dieser Gedanke ist in Frankreich durch falsche Darstellungen in der britischen und französischen Presse genährt worden, die die Franzosen dazu brachten, zu glauben, daß Großbritannien eine Politik der Verhandlungen mit Rußland verfolgte, die den französischen Interessen widerspricht. Griaq erklärte, die Meldung der „Daily Mail“, Lord George habe eine geheime Zusammenkunft mit Krasin gehabt und ihm gesagt, Großbritannien sei bereit, alle russischen Kriegsschulden zu annullieren, für vollständig unwahr. Lord George habe niemals eine geheime Beisprechung mit Krasin gehabt, er habe den russischen Delegierten niemals gesprochen, außer in Gemeinschaft mit seinen Kollegen. Griaq fügte hinzu: Wir hegen keine Besorgnis vor einer deutschen oder russischen Drohung in Europa. Wenn Deutschland und Rußland isoliert sind, muß allerdings zwischen ihnen eine enge Freundschaft entstehen. Die britische Regierung ist entschlossen, die beiden Länder davor zu bewahren, auf die Schlachtbank geführt zu werden. Wir wollen eine offene und gemeinsame Politik gegenüber Rußland. Allerdings, sagte Griaq, mache die Haltung der Russen eine Regelung schwierig. Man könne sich schließlich nicht auf ein unendliches Schachern nach orientalischem Manier einlassen.

Ultimatum an Rußland?

London, 25. April.

Einer hier verbreiteten Meldung zufolge sollen die französischen Delegierten bestimmte Weisung erhalten haben, auf den von Poincaré gestellten Bedingungen zu bestehen. Sie würden ein abschließendes Ultimatum für Rußland verlangen oder die Konferenz verlassen.

Noch immer Kommunistenprozesse in Budapest

(Intel.) Budapest, 25. April.

Vor dem Ausnahmegericht in Budapest wurde jetzt die Verhandlung gegen das zurzeit der Räteherrschaft amtierende Direktorium von Freyell eröffnet. Gegen zweihundert Angeklagte wird eine Anklage erhoben, die sich auf 2000 Punkte erstreckt. Die Anklageerhebung nahm zwei Tage in Anspruch.

Eine Zigarette eine Mark

Nach der „Zeit“ ist die Verteuerung der Herstellungskosten so hoch gestiegen, daß mit den letzten Steuererhöhungen die billige Zigarette im Kleinverkauf sehr bald eine Mark kosten wird. Wieviel dabei die Zigarettenfabrikanten verdienen, erfährt die Öffentlichkeit natürlich nicht.

Kapitalistischer Friede

Aus Kuba wird gemeldet: Kuba hat kürzlich eine Einschränkung in der Produktion von Kaffee vorgenommen. Die die „Ag. Am.“ erklärt, soll das Kabinett von Washington der Regierung von Kuba eine Art von Ultimatum gestellt haben, daß Amerika einen Zollkrieg beginnen werde, wenn Kuba seine Kaffeeproduktion nicht bald verringert. Der Grund hierfür ist darin

zu suchen, daß Amerika mit Brasilien ein Abkommen hat, wonach der brasilianische Kaffee zollfrei nach Amerika eingeführt wird und von dort unter anderem Namen, auch als kubanischer Kaffee, weiterverkauft wird. Infolgedessen befürchtet man eine allzu starke Konkurrenz durch den richtigen Kuba-Kaffee.

Die inländische Blockade

Die Getreidepreise, die in den letzten Monaten gewaltig in die Höhe gegangen waren, sind in den letzten Tagen etwas gesunken. Trotz der Zuckerpreise sind große Vorräte von Getreide absichtlich zurückgehalten worden, um noch höhere Preise herauszuschlagen. Jetzt haben sich aber Mühlen und Wägereien eingedockt, und es werden wenig Einfäufe gemacht. Außerdem ist die Einfuhr ausländischen Mehl freigegeben, und die ausländische Konkurrenz drückt die inländischen Preise. So schreibt ein bürgerliches Blatt in seinem Handelsteil:

„Nachdem aber jetzt die Einfuhr ausländischen Mehls freigegeben ist, kann man durchaus mit der Möglichkeit rechnen, daß dann die Einfuhr ausländischer Ware rentabel erscheint und auf dem Inlandsmarkt weiter drückt.“

Genau so verhält es sich mit dem Fleisch. Das ausländische Geflügel ist billiger als das inländische. Gelingt es, das Geflügel unter günstigen Bedingungen in großen Mengen zu importieren, so wirkt das auch auf die inländischen Fleischpreise ein. Wäre das Ausland nicht in der Lage, uns mit billigeren Produkten zu versorgen, die inländischen Produzenten und Händler würden uns vollkommen aushungern.

Zum Kampf der Textilarbeiter um die 46-Stundenwoche in Bayern

Die Verlängerung der Arbeitszeit abgewehrt.

Am Sonntag, den 23. April, fand nochmals eine Verhandlung zwischen den Arbeiterorganisationen und dem Süddeutschen Industriellen-Verband statt. Es wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß die 46-Stundenwoche bestehen bleibt. Der Streik wird hierdurch vermieden.

Ein Zeichen der Zeit

Die Carottierwerke Schöberl Aktiengesellschaft veröffentlichten ihre Bilanz. Die neuliebenden Aktionäre erhalten außer einer Dividende von 15 Prozent noch 15 Prozent Bonus, also zusammen 30 Prozent „Entbehrungslohn“. In den Aufsichtsrat neu gewählt wurden: Ministerpräsident a. D. Hirsch und Graf Denckel zu Donnersmarck. Auch eine Art Arbeitsgemeinschaft zwischen der revolutionären Sozialdemokratie und der feudalen Aristokratie.

Ausdehnung des Streiks in Amerika

U.S. Washington, 25. April.

Es wird mitgeteilt, daß vielleicht demnächst auch die Eisenbahner sich dem Ausstand anschließen werden. In diesem Falle würden zu den 600 000 Kohlenarbeitern noch 600 000 streikende Eisenbahner kommen.

Die Leichen im Hungergebiet

Das allrussische zentrale Exekutivkomitee hat das Volkskommissariat für innere Angelegenheit beauftragt, umgehend einen Entwurf über die Organisation von besonderen Abteilungen zur Aufräumung von Leichen in den Hungergebieten auszuarbeiten. Der Beschluß des zentralen Exekutivkomitees ist darauf zurückzuführen, daß die auf den Straßen und in den Häusern am Hungertod gestorbenen wegen Mangel an freiwilligen Hilfskräften nicht begraben werden konnten. Die verweilenden Leichname tragen dazu bei, daß die schon vorhandenen Epidemien noch rascher um sich greifen.

Ein neuer Weltkongress

Daß in Berlin die gemeinsame Konferenz der zweiten und dritten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien zustande kam und daß diese

Konferenz ein gewisses Ergebnis zeitigte, ist der Initiative und der Unermüdblichkeit der Wiener Arbeitsgemeinschaft zu danken. Die gewaltigen Demonstrationen am 20. April in Berlin, Wien und anderen Städten waren sichtbare Zeichen der Berliner Tagung, wie ja auch die Einberufung eines Weltkongresses des internationalen Proletariats in Berlin beschlossen ward. Daß ein solcher Weltkongress, soll er nicht resultatlos verlaufen, geschichtliche Vorbereitungen bedarf, hat die Berliner Konferenz hinreichend gelehrt. Deshalb können wir in einem von der „Roten Fahne“ veröffentlichten Aufruf der Zentrale der R.P.D., der sich in den schwersten Vorwürfen gegen die Führer der 2. Internationale ergeht und die beschleunigte Einberufung des Weltkongresses verlangt, keine Förderung der Sache erblicken. Die Exekutive der Wiener Arbeitsgemeinschaft wird sicher nichts unversucht lassen, auf daß der Weltkongress rasch zu einer Tatsache wird, aber das „Drängeln“ ist dabei ebensowenig von Vorteil wie das „Denunzieren“ und „Entlarven“. Zumal der Gegenseite damit die Möglichkeit geboten wird, auf die Haltung einzelner Parteien der 3. Internationale hinzuweisen, die der Einheitsfront des Proletariats durchaus nicht zweckdienlich ist. So haben die französischen kommunistischen Führer Trotski und Renaudi erst dieser Tage in der Sitzung ihres Nationalrats erklärt, daß sie aus rein agitatorischen Gründen der Einheitsfront des Proletariats sehr skeptisch gegenüberstehen, wie ja auch die französische kommunistische Partei am 20. April sich ähnlich verhalten hat wie die rechtssozialistische Parteileitung in Berlin. Die „Saboteure der Einheitsfront“ sitzen also keineswegs, wie der Aufruf der Zentrale der R.P.D. glauben machen will, nur auf der Gegenseite, sondern auch im eigenen Lager.

Preussischer Staatsrat

Die Dienstag-Sitzung des preussischen Staatsrats wies nur einige Punkte von untergeordneter Bedeutung auf. Genosse Weinberg berichtete über die Wahl der vorläufigen Staatsratsmitglieder in Oberschlesien, wobei die Rechte durch den Berliner Rechtsanwalt Hallensleben erklären ließ, daß sie insbesondere den Nachdruck auf die Bezeichnung dieser Wahl als eine vorläufige legen. Die übrigen Punkte wurden ohne Debatte nach dem Vorschlag der Berichterstatter erledigt. Am Mittwoch will der Staatsrat nur Ausschuss- und Fraktions-Sitzung abhalten. Am Donnerstag soll dann die Plenarsitzung die vorhandenen Vorlagen ausarbeiten sowie die Beratung über die verfassungsrechtliche Stellung des Staatsrats vornehmen.

Beitritt zur Kleinen Entente?

(Intel.) Belgrad, 25. April.

Nach Meldungen der jugoslawischen Presse aus Genoa hat der griechische Außenminister Gounaris bei Besprechungen mit Rinde über eine Erneuerung des griechisch-serbischen Vertrages u. a. auch den Vorschlag gemacht, daß Griechenland der kleinen Entente beitrete.

Ausbau des Petersburger Hafens

(Intel.) Moskau, 25. April.

Im Zusammenhang mit dem deutsch-russischen Vertrag beabsichtigt die Sowjetregierung einen weiteren Ausbau des Hafens von Petersburg. Petersburg, schreiben die Moskauer Blätter, wird jetzt von neuem die Bedeutung eines „Fensters nach Europa“ gewinnen. Die Dampfer, die in den letzten Jahren in Nisaa und Reval entladen wurden, werden jetzt direkt nach Petersburg geleitet werden.

Vordringen japanischer Truppen

(Intel.) Moskau, 25. April.

Aus Tschita wird gemeldet: Der Stab der revolutionären Volksarmee der Republik des Fernen Ostens gibt bekannt, daß die Truppen sich vor dem Vordringen der Japaner nach der Station Ussury zurückgezogen haben. Die von den Truppen der revolutionären Volksarmee verlassenen Stellungen wurden von den Japanern besetzt.

Geist der Musik und Geist der Zeit

Von Adolf Weismann

Das Schlußkapitel eines neuen Buches von Weismann „Die Musik in der Welt“, das eben in der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart mit Bildern und Noten erschienen ist. Weismann behandelt die moderne Musik nicht wie seine meisten Kollegen als konventionellen Ästhet, sondern als feiner moderner Mensch, der die Zusammenhänge der Kunst mit der Zeit versteht und mit seinem Werk das Bedürfnis weiter streift, in das Wesen der modernen Kunst Einblick zu erlangen, auf geistreiche Weise beschreibt.

Gewiß ist, daß wir noch sehr viel dorniges Geäst zu durchschreiten haben, ehe wir durch die Nöschung, die wir bereits erblickt, ins Freie gelangen.

Es gibt äußere und innere Mächte, die den Gang der Musik hemmen. Und niemals wurde sie von einem Bund der Gegner härter beschützt als heute. Musik in der Weltzeit: das ergibt einen kritischen Zustand der Musik von längerer Dauer.

Politik, Technik, Wirtschaft: diese drei haben sich längst und immer heftiger gegen sie erhoben.

Politik heißt: Klugheit, Entschlossenheit, Zähigkeit. Technik will die vollkommenste Mechanisierung des Lebens. Wirtschaft aber verlangt die höchste Ausnutzung des Vorhandenen und Steigerung seines Ertrages.

Man begreift daß politische Macht die musikalische Bedeutung geradezu ausschließt. Klugheit geht gegen Einfalt. Man kann in Europa genau verfolgen, wie allmählich die Musik vor der Politik zurückwich, wie sie sich zuletzt als Betriebsmittel der Politik verbündete und so selbst lähmte. Deutschland aber als Land der Musik hatte die Gespaltenheit des Willens, die neben einem allzu einschlußkräftigen Militarismus gedeihen konnte. Es zerfiel recht eigentlich in zwei Hälften. Es war politisch den Gegnern unterlegen. Aber auch in Deutschland hatten die gewaltig empordrängenden Kräfte der Technik und Wirtschaft schon das Schöpferische der Musik beeinträchtigt.

Der Weltkrieg, der eine Macht und Wirtschaftsprüfung war, hat nun diese äußeren Hemmungen noch verschärft. Denn aus der Weltkatastrophe, so spricht die Klugheit der Neumalweisen, kann doch keine Kunst, keine Musik retten.

Die innere Hemmung aber ist der allgemeine Zustand der Nerven in der Welt. Das Tempo der künstlerischen Bewegung, das sich der Materie des modernen Lebens

anpaßt, hat die Nerven des schöpferischen Menschen, die ja nie ganz gesund sein können, in Aufruhr gebracht, und man hat eine Unzahl künstlicher Mittel gebraucht, um sie aus der Ermüdung zur Spannung aufzuwecken. Solche Nerven können bedingt fruchtbar sein. Ihre Erregung ist der Entwicklung des Scherzo günstig, das in allen Schattierungen geistreicher Färbung und Abnußung den Grundcharakter der Zeit spiegelt. Auf der romantisch-angelsächsischen Seite steigert sich das Scherzo bis zum Grotesken. Verstandesfähige des Musikers ist durch Nervenspannung schöpferisch geworden.

Der Ausdrucks des reinen Gefühls stellen sich also starke Hindernisse entgegen. In Deutschland und Österreich, wo man am wenigsten darauf verzichten kann, hat man den alten Göttern neue in Bruckner und Mahler hinzugefügt wollen. Aber es ist schon gesagt worden, wie weit sie Erfüllung bedeuten, und daß die übrige Welt an dieser Gefühlsprache nicht teilnehmen kann. Für Bruckner predigt ein mystischer Glaube, der im gegenwärtigen Augenblick die Selbstbildung in Deutschland, die Einkapselung der Empfindungen begünstigt. Gustav Mahler, der den neuen Menschen genialisch vorausahnt, ist doch im größten Teil seines Werkes für die Dauer nicht geschaffen. Aber diese beiden, die dem gegenwärtigen Seelenzustand in Deutschland entsprechen, haben, so viel auch Rode und Herdentrieb mitwirken, die Verinnerlichung der deutschen öffentlichen Musik vorzubereiten. Und überdies scheint die Art, wie moderne Musiker an der entschieden tonal gerichteten Musik Bruckners und Mahlers hängen, ein Gegenbeweis gegen die Abnutzung und Elementarität dieser Kunst. Hier tritt ihnen auch die Verbindung zwischen Vokal- und Instrumentalmusik als Tatsache entgegen.

In der Weltzeit ist der Mensch überall, in Deutschland zumal, Parader geworden. Alles ist ins Rollen gekommen. Die Wirtschaft ist schwankend geworden. Man sucht nach festem Grund. Man braucht ihn. Eine überzeugende Ausdrucks des reinen Gefühls kann es in solcher Zeit nicht geben. Die Fähigkeit zur Stille, die eine große Prüf hervorbriecht, die Adagio-Stille ohne Sentimentalität, will sich nicht entwickeln. Aller Trieb zur Verkürzung, den der Verbrauch des Materials und der neue künstlerische Geist hervorruft, will seine Ergänzung durch die Möglichkeit der Sammlung. Im Betrieb der darstellenden Kunst, der alle Hausmusik ist, alles vor die Öffentlichkeit zerrt,

findet die Unfähigkeit zur Sammlung auch ihren Widerschein. Aber das Unwirtschaftliche der Massenreproduktion wird allmählich der ganzen Welt einleuchten; der reproduktive Durchschnittsmusiker wird mehr und mehr als der wahrhaft unproduktive Musiker erkannt werden.

Die Demokratie aller Länder hat nun den Wert der Musik für die Verbreiterung der Gesellschaft im Volk begriffen. Amerika und auch England wollen Musik zum Hebel der Beredlung des Menschen machen. Und in Deutschland hat der Ausgang des Weltkrieges der Regierung geholfen, diese musikalische Ausbildung des Volkes im großen Stil fortzusetzen. Paul Bekker wollte das deutsche Musikleben umwandeln: seine Konstruktiv, in Einzelheiten wertvoll, erweist sich nicht als haltbar. Der Rechenberg hat einen großartigen Plan entworfen, die Musikpflege bis ins Letzte durchzuorganisieren. So hofft man, den Boden mit Musikkultur neu zu bängen und jene Grundlage zu finden, auf der sich ein Teil der Aufbau der großen deutschen Musik vollzog. Man wird die ethische Bedeutung solcher Bestrebungen gegenüber der großen Amateurreiße der Zeit und den Wert eines gesicherten Handwerks für alle Gebiete der Kunst und also auch für die Kunst nicht unterschätzen und trotzdem der Ansicht sein dürfen, daß die künstliche Färbung von Musikern jene selbstgewordene musikalische Durchdringung des deutschen Volkes in der Vergangenheit nicht ersetzen könne.

So wichtig die Masse, die Gesellschaft für die künstlerische Atmosphäre sind: die wenigen in der Welt entscheidend. Und so wertvoll die soziologische Bedeutung der Musik sein mag: alles Große, Unvorhergesehenes, Phantastische, kurz Irrationale bringt der geniale Mensch, der immer wieder als Ueberhöhung auftritt, durch die großen Umwälzungen in der Kunst hervor.

Wie ist die künstlerische Kreativität wiederzugewinnen? Das ist die Frage. Wenn die Musikwissenschaft Phonogramme exotischer Musik aufnimmt, liefert sie nur Ersatzmittel. Man wird die orientalische Volksmusik, die nur Melodie ohne Harmonie und Melismatik ist, nicht ohne Schaden unserer Kunst aufspiroten können. Man wird überhaupt nicht durch eiserne Treibhauskultur Problemlösungen erzwingen können. Am wenigsten in Deutschland, das seinem Wesen nach gerade heute ein langes Atemholen braucht, um seinen Weg zu finden.

